



Kassel, 13. Oktober 2023 | Ausgabe Nr. 137

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

am Sonntag haben die Bürger*innen in Hessen und Bayern neue Landtage gewählt. Leider haben viele Menschen sich nicht für die SPD entschieden. Unser Dank gilt dennoch allen ehrenamtlichen Wahlkämpfer*innen, allen Kandidierenden, die sich bis zum

Schluss für die SPD ins Zeug gelegt haben!

Das Wahlergebnis ist eine Zäsur für die hessische Sozialdemokratie. Wir haben die Landtagswahl klar verloren und die Enttäuschung ist sehr groß. Wir konnten mit unseren landespolitischen Themen bei den Wähler*innen nicht durchdringen.

Der Kampf gegen Rechts ist wichtiger denn je!

Wir haben bei den Wahlen nicht nur an Stimmen verloren: Für uns besonders besorgniserregend ist das starke Abschneiden der AfD in Hessen. Als Demokrat*innen müssen wir mit Entsetzen feststellen, dass deutlich mehr Rechtsradikale in die Landesparlamente gewählt worden sind. Das zeigt uns: Der Kampf gegen Rechts ist wichtiger denn je. Was wir jetzt brauchen ist Stabilität und Zusammenhalt, um als

Sozialdemokratie die Antworten auf die Ängste der Menschen geben zu können. Wir sind die soziale Kraft, die unser Land braucht.

Sozialer Zusammenhalt im Blick

Der Stimmenzuwachs für die Rechtsradikalen liegt sicher auch daran, dass mit dem Thema Mi-

gration mobilisiert wurde. Wir wissen, dass viele Kommunen Enormes stemmen und einige an ihre Belastungsgrenze kommen. Und viele Menschen sind besorgt. Die Herausforderungen bei der Migration können wir aber nur mit einem Bündel von Maßnahmen bewältigen – gemeinsam mit den Bundesländern und unseren europäischen Nachbarn. Von Anfang an haben wir uns für klare und humanitäre Regeln in der EU eingesetzt. Die Forderung nach einer Obergrenze ist wohlfeil – doch niemand, der sie fordert, sagt, wie sie konkret erreicht werden kann.

Wir verstehen, dass viele Menschen verunsichert sind. Der russische Krieg gegen die Ukraine dauert an, die Inflation ist zu hoch und die Transformation hin zu Klimaneutralität verlangt uns allen viele Veränderungen ab. Bei allen Herausforderungen haben wir den sozialen Zusammenhalt im Blick, federn soziale Härten ab und lassen niemanden alleine. Wir stehen dafür, die notwendigen Veränderungen immer mit sozialer Sicherheit zu verknüpfen. Darauf können sich die Menschen verlassen.

Euer



TERRORANGRIFFE AUF ISRAEL

WIR STEHEN SOLIDARISCH AN DER SEITE ISRAELS

seit dem Wochenende wird Israel von zahlreichen Anschlägen durch die Terrororganisation Hamas erschüttert. Hunderte Menschen, die meisten davon Zivilist*innen, wurden getötet, misshandelt, vergewaltigt oder entführt.

Wir verurteilen die abscheulichen Terrorangriffe der Hamas auf Israel aufs Schärfste. Wir sind zutiefst entsetzt über die grausamen Morde an Hunderten israelischen Kindern, Frauen und Männern, über Verschleppungen und Raketenangriffe auf israelische Ortschaften.

Wir stehen fest und solidarisch an der Seite Israels – unsere Gedanken sind bei all den Menschen und ihren Familien, Freund*innen. Die Sicherheit des Staates Israel ist deutsche Staatsräson. Israel hat das Recht, sich zu verteidigen, die Terrorist*innen zu verfolgen und die Sicherheit seiner Bürger*innen wiederherzustellen. Die Hamas nimmt bewusst in Kauf, dass durch Gegenangriffe auf sie die Menschen in Gaza leiden. Sie schadet den Palästinenser*innen und trägt die Verantwortung für die aktuelle Eskalation.

Die Unterstützung und Finanzierung von Hamas und Hisbollah muss endlich aufhören. Vor allem der Iran ist aufgerufen, den barbarischen Terror und die Angriffe gegen Israel nicht weiter zu befeuern. Wir sind in großer Sorge über eine weitere Eskalation in Nahost. Es darf nicht zu einem größeren Flächenbrand kommen.

Durch nichts zu rechtfertigen sind die israelfeindlichen, antisemitischen und gewaltverherrlichenden Sprechchöre und Äußerungen auch bei uns. Solche abscheulichen Bekundungen haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Dafür muss es harte Konsequenzen geben. Derartige Versammlungen – so wie in diesem Fall auch geschehen – müssen abgebrochen oder im Vorfeld untersagt werden.

Dass die große Mehrheit in unserem Land an der Seite Israels steht, hat die Demonstration am Brandenburger Tor gezeigt.

Dort haben sich am Sonntag rund 2.000 Menschen versammelt, um ihre Solidarität mit Israel zu bekunden und ein Zeichen gegen Hass und Gewalt zu setzen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hat klargestellt, dass Deutschland an der Seite Israels steht – dies er machte in einer Regierungserklärung in dieser Woche noch einmal deutlich.



WIR STEHEN SOLIDARISCH AN DER SEITE ISRAELS.



WÄRMEWENDE

FLÄCHENDECKENDE WÄRMEPLANUNG ERMÖGLICHEN

Bis 2045 wollen wir klimaneutral wirtschaften und leben. Das haben wir im Klimaschutzgesetz durchgesetzt. Nun müssen wir alles daran setzen, dieses Ziel auch zu erreichen. Das heißt vor allem, auf fossile Energieträger zu verzichten. Dabei spielt die Wärmewende eine entscheidende Rolle. Das Heizen in unseren Gebäuden ist für einen großen Teil unserer Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, denn hier werden sehr viele fossile Energieträger verbraucht. Das heißt: Ohne Wärmewende im Gebäudesektor wird es keine Klimaneutralität geben.

Bezahlbar – klimaneutral – zukunftsfähig

Die flächendeckende Wärmeplanung ist die wesentliche Voraussetzung für eine bezahlbare, klimaneutrale und zukunftsfähige Wärmeversorgung. Mit dem Wärmeplanungsgesetz geben wir den Kommunen und den Bürger*innen Planungssicherheit. Wir machen Klimaschutz für alle bezahlbar. Auch bei der Wärmewende. So sorgen wir dafür, dass jede und jeder den Weg Richtung Klimaneutralität mitgehen kann.

Unser Ziel ist es, in allen rund 11.000 Kommunen Deutschlands eine Wärmeplanung zu haben. Damit Bürger*innen und Gewerbetreibende wissen, mit welchem Energieträger und welcher Versorgung sie lokal rechnen können. Ganz konkret unterstützen wir die Kommunen finanziell bei der Erstellung von Wärmeplänen und sorgen in den kleinen Gemeinden für vereinfachte Verfahren. Wir greifen den Kommunen bei der Wärmeplanung unter die Arme!

Mit dem Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze schaffen wir die Grundlagen für eben diese flächendeckende Wärmeplanung in Deutschland. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung berieten wir in 1. Lesung.

Details des Gesetzentwurfs

- Laut Gesetzentwurf sind die Länder verpflichtet, konkrete Wärmepläne zu erstellen: Für Großstädte bis zum 30. Juni 2026 – für Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnenden bis zum 30. Juni 2028.
- Die Länder können diese Verpflichtung auf die Gemeinden oder eine andere planungsverantwortliche Stelle übertragen. Bereits bestehende Wärmeplanun-

gen sollen anerkannt werden und müssen erst in der weiteren Bearbeitung die bundesrechtlichen Regelungen erfüllen – so sieht es der Gesetzentwurf vor.

- Von einer zentralen Versorgung z.B. mit Fernwärme oder klimaneutralen Gasen (z.B. Bio-Erdgas, synthetisches Gas oder Wasserstoff) bis hin zur dezentralen Wärmeversorgung (z.B. mit Wärmepumpen): Die Wärmeplanung ist technologieoffen.
- Um die Wärmepläne zu erstellen, werden bereits vorhandene Daten genutzt – vorrangig aus Registern und Datenbanken sowie von den energiewirtschaftlichen Marktakteuren (wie z.B. Stadtwerke, Stromnetz-Betreiber etc.) erhoben werden.
- Bis zum Jahr 2030 soll die Hälfte der leitungsgebundenen Wärme klimaneutral erzeugt werden. Daneben soll die in Wärmenetze eingespeiste Wärme bis 2023 zu 30 Prozent aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme stammen – bis 2040 soll dieser Anteil auf 80 Prozent steigen.



GLOBALE MINDESTBESTEUERUNG UMSETZEN

INTERNATIONALE KONZERNE GERECHT BESTEUERN!

Jede Buchhandlung zahlt Steuern. Große internationale Konzerne wie zum Beispiel Amazon hingegen zahlen viel zu wenig: Diese global agierenden, großen Konzerne verschieben ihre Gewinne in Steueroasen und vermeiden es so, Milliarden an Steuer zu zahlen. Das ist hochgradig ungerecht und verzerrt den internationalen Wettbewerb. Obendrauf fehlen die Steuereinnahmen den öffentlichen Haushalten.

Für uns ist aber klar: Internationale Konzerne müssen sich angemessen daran beteiligen, dass Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Straßen gebaut werden können – sie müssen ihren Teil für die Gemeinschaft leisten!

Deshalb hat sich Olaf Scholz noch als Bundesfinanzminister seit 2018 für eine internationale Mindeststeuer für große Konzerne eingesetzt. Mit Erfolg: 2021 haben sich 141 Staaten darauf geeinigt, eine solche internationale Mindeststeuersatz von 15 Prozent einzuführen.

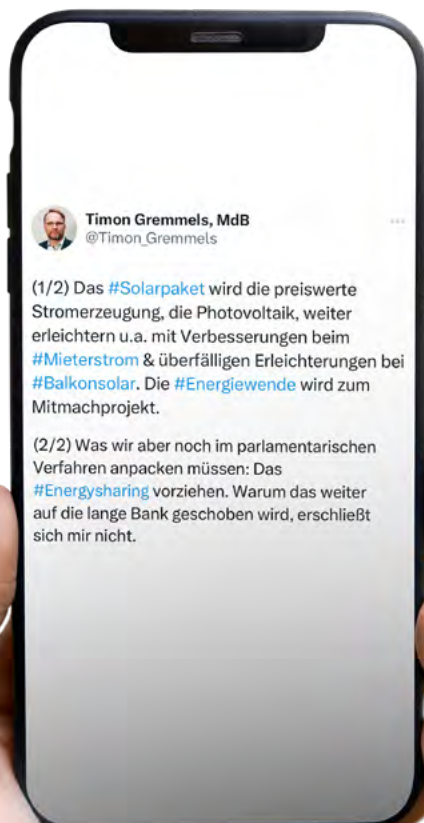
Um dies innerhalb der EU einheitlich umzusetzen, haben die EU-Mitgliedstaaten sich im Dezember 2022 auf eine Richtlinie geeinigt. Im Gleichklang mit den anderen EU-Ländern setzen wir die Mindeststeuer jetzt in Deutschland um. Denn: Diese muss bis Ende 2023 umgesetzt werden. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Große internationale Konzerne können sich künftig nicht mehr einer Mindestbesteuerung entziehen, in dem sie ihre Gewinne in Steueroasen verschieben und sich so künstlich „arm“ rechnen. Durch eine Nachversteuerung von nicht oder niedrig besteuerten Unternehmensgewinnen wird eine globale Mindestbesteuerung in Höhe von 15 Prozent sichergestellt.

Damit werden aggressive Steuergestaltungsmodelle unattraktiver. Außerdem wird im internationalen Steuerwettbewerb um Investitionen und Unternehmensansiedlungen eine Untergrenze eingezogen. Internationale Konzerne können sich somit nicht ihrer Finanzierungsverantwortung für das Gemeinwesen entziehen.



Craft © Rawpixel.com (via Freepik)



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



KURZ NOTIERT

1 Wachstumschancen, Investitionen und Innovation stärken

Das Wachstumschancengesetz soll Impulse für Investitionen und Innovationen setzen und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland verbessern. Als ein zentrales Projekt soll eine Investitionsprämie eingeführt werden, um den Wandel der Wirtschaft zu fördern: Investieren Unternehmen in Energieeffizienz können sie 15 Prozent der Kosten durch den Bund bezuschussen lassen. Das soll Investitionen in saubere und klimafreundliche Technologien anregen.

Auch sollen Forschung und Entwicklung besser steuerlich gefördert werden. Neben Personalkosten könnten künftig auch Sachkosten gefördert werden. Außerdem wird die maximale Bemessungsgrundlage verdreifacht, wodurch die Förderbeträge steigen. Für kleine und mittlere Unternehmen würde sich darüber hinaus der Fördersatz von 25 auf 35 Prozent erhöhen.

Vorgesehen ist auch das Steuersystem an zentralen Stellen einfacher und moderner zu machen. Um die Liquidität von Unternehmen (insbesondere des Mittelstands) zu verbessern, sollen die Abschreibungsbedingungen verbessert werden und die Prozentgrenze bei der Verrechnung des Verlustvortrages für vier Jahre angehoben werden. Weitere Maßnahmen sind: Die Übergangszeit bis zur vollständigen Besteuerung von Altersrenten soll bis 2058 verlängert werden. Vorgesehen ist ebenfalls eine Mitteilungspflicht für innerstaatliche Steuergestaltungen. Wir bieten den Gesetzentwurf der Bundesregierung in 1. Lesung.

2 Stiftungsfinanzierung regeln

Politische Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftspolitischen Arbeit und zur demokratischen Bildungsarbeit im In- und Ausland. Deshalb erhalten sie un-

terstützende Bundesmitteln. 2023 erhalten die sechs anerkannten politischen Stiftungen (die jeweils einer im Bundestag vertretenen Partei nahestehen) 697 Millionen Euro.

Bislang wurden diese Globalzuschüsse (d.h. Zuschüsse, die nicht an nicht an konkrete Projekte gebunden sind) im Haushaltsplan auf Grundlage des vom Deutschen Bundestag beschlossenen jeweiligen Haushaltsgesetzes zugeteilt. Dieses Vorgehen genügt jedoch nicht. mehr den verfassungsrechtlichen Anforderungen, so das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Februar 2023. Denn Parteien haben ein Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb. Deshalb fordert das BVerfG ein Gesetz, um die staatliche Förderung politischer Stiftungen zu regeln.

Den gemeinsamen Gesetzentwurf eines Stiftungsfinanzierungsgesetzes (Koalitionsfraktionen und CDU/CSU-Fraktion) berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung. Dieser regelt, unter welchen Voraussetzungen politische Stiftungen gefördert werden können und nach welchem Maßstab sie öffentliche Mittel erhalten.

Gefördert werden nur Stiftungen, deren nahestehende Parteien mindestens dreimal hintereinander in Fraktionsstärke im Deutschen Bundestag vertreten sind. Die Stiftungen müssen aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Gedanken der Völkerverständigung eintreten. Stiftungen werden u.a. nicht gefördert, wenn sie das Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall oder als gesichert extremistisch einstuft oder die nahestehende Partei von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist.

Ob eine politische Stiftung auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht, wird eine zentrale Stelle im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) klären.

Der Entwurf gibt auch vor, wann und wie Förderbewilligungen zurückgenommen oder teilweise widerrufen werden. Ferner enthält er Regeln rund um Transparenz, Zuständigkeit und Anerkennung bereits geförderter politischer Stiftungen. Mit wieviel Geld insgesamt alle Stiftungen im jeweiligen Haushaltsjahr gefördert werden, bestimmt der Bundestag durch das Haushaltsgesetz.



BILDERGALERIE

Europa im Fokus

Am Mittwoch hatte die SPD-Bundestagsfraktion zur großen Wirtschaftskonferenz eingeladen. Da Thema in diesem Jahr: „Europa im Fokus: Wie stärken wir gemeinsam Industrie und Mittelstand?“. Und natürlich waren auch Gäste aus meinem Wahlkreis vor Ort als Vertretende von Regionalmanagement Nordhessen und der Wirtschaftsförderung.



Foto: Per Jacob Blut



Diskussionsrunde mit Hörer*innen

Am Montag nahm ich als Gesprächsgast an der Deutschlandfunk-Sendung Kontrovers teil – einem Gesprächsformat mit Studiogästen und Hörer*innen. Das Thema waren die Landtagswahlen in Hessen und Bayern.

» [Hier](#) könnt ihr die Sendung hören.



Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels